

# Aargauer Pflegeheime und Spitex sitzen auf Mehrkosten von über 10 Millionen Franken

Ob der Kanton für diese Kosten aufkommt, ist noch zu klären. Für die Pflegefinanzierung sind im Aargau die Gemeinden zuständig.

Desinfektionsmittel, Schutzanzug, Mundschutz, Handschuhe, Schutzbrille: Wer in einem Pflegeheim oder für die Spitex arbeitet, ist seit Beginn der Coronapandemie auf solches Schutzmaterial angewiesen. Das verursacht Mehrkosten. Sowohl die Vaka, der Verband der Aargauer Heime und Spitäler, als auch der Aargauer Spitex-Verband haben beim Gesundheitsdepartement einen Antrag gestellt, dass der Kanton diese coronabedingten Mehrkosten übernehmen soll.

Die exakte Höhe der Zusatzkosten und Mindereinnahmen in den Bereichen ausserhalb der Pflege könnten noch nicht abschliessend bestimmt werden, teilt die Vaka auf Anfrage mit. Anhand einer Umfrage kann der Verband aber zumindest die Zusatzkosten und Mindereinnahmen in den Aargauer Pflegeheimen während der ausserordentlichen Lage vom 16. März bis 19. Juni beziffern: Diese belaufen sich auf rund 7,9 Millionen Franken. Die Vaka hält fest, dass sich dieser Betrag noch erhöhe, «aufgrund der vorgenommenen Massnahmen während der momentanen zweiten Welle».

Den Aargauer Spitexorganisationen sind während des Lockdowns von März bis Juni rund zwei Millionen Franken Zusatzkosten entstanden. Diese betreffen laut Geschäftsleiter Max Moor hauptsächlich Mehraufwände.

## Spitex-Verband hofft auf einen klaren Entscheid

Anders als die Spitäler hätten die Spitexorganisationen kaum Ertragsausfälle gehabt, sagt Moor. «Wir mussten vor allem viel Schutzmaterial anschaffen, und dieses war während des Höhepunktes der Pandemie im Frühling kaum verfügbar und entsprechend sehr teuer», sagt Moor. Er betont ebenfalls, dass die Spitex weiterhin coronabedingte Mehrkosten habe, da die Mitarbeitenden nach wie vor Schutzmaterial brauchen. «Das wird voraussichtlich auch nächstes Jahr noch so sein.»

Allein während der ersten Welle im Frühling sind den Pflegeheimen und der Spitex also zehn Millionen Franken Mehrkosten entstanden. Ob der Kanton dieses Loch in den Kassen stopfen will, ist noch unklar. Die beiden Anträge würden geprüft, sagte Barbara Hürlimann, Leiterin der Abteilung Gesundheit, am Point de Presse vergangenen Montag. Es seien auch finanzrechtliche Fragen zu klären, da im Aargau nicht der Kanton, sondern die Gemeinden für die Pflegefinanzierung verantwortlich seien.

Der Spitex-Verband hoffe auf einen klaren Entscheid, wie es bei den Entschädigungen beziehungsweise den coronabedingten Mehraufwänden weitergeht, sagt Geschäftsleiter Moor. «Es ist niemandem geholfen, wenn der Ball vom Bund den Kantonen oder den Gemeinden oder den Krankenkassen zugespielt wird.»

## 100 Millionen Franken für Spitäler reichen nicht

Etwas mehr Klarheit haben die Aargauer Spitäler, Rehakliniken und Psychiatrien. Die Regierung beabsichtigt, sie «angemessen» für die Ertragsausfälle und Zusatzkosten «während der ganzen Pandemiedauer» zu entschädigen. Der Regierungsrat bereitet aktuell eine Vorlage an den Grossen Rat vor. Weil es sich bei der Entschädigung um eine neue Aufgabe handelt, muss vor der Beratung in der Kommission und im Parlament eine Anhörung durchgeführt werden. Diese sei für Februar und März 2021 geplant. Im Juni soll das Geschäft im Grossen Rat behandelt werden. Die Auszahlung an die Spitäler erfolgt voraussichtlich im Herbst – nach dem Grossratsbeschluss beziehungsweise nach Ablauf der Referendumsfrist.

Die Mehrkosten und vor allem die coronabedingten Ertragsausfälle der Spitäler übersteigen jene der Heime und Spitexorganisationen um ein Vielfaches. Der Spital- und Heimverband Vaka schätzte den Ertragsausfall der Spitäler und Kliniken Mitte Juni auf rund 80 Millionen Franken. Dazu kämen weitere rund 25 Millionen Franken Zusatzkosten, zum Beispiel für Schutzmaterial oder Bauarbeiten.

Der Regierungsrat rechnete mit Entschädigungen von rund 100 Millionen Franken für die Spitäler. Schon heute ist klar, dass diese 100 Millionen Franken die Mehrkosten und Ertragsausfälle nicht decken werden, weil an den Spitälern auch während der zweiten Welle Mehrkosten anfallen beziehungsweise Einnahmen ausfallen.

## KSA musste 600 geplante Operationen verschieben

Am Mittwoch teilte das Kantonsspital Aarau (KSA) mit, seit Beginn der zweiten Welle Ende Oktober hätten rund 600 geplante Operationen verschoben werden müssen. «Diese Zahl wird sich weiter erhöhen, je länger die aktuelle Situation anhält – mit nicht abzuschätzenden Gesundheitsfolgen für die betroffenen Patientinnen und Patienten.» Die Reserven, um diese Operationen nachzuholen, würden schwinden.

Morgen Dienstag entscheidet der Grosse Rat ausserdem darüber, ob eine Standesinitiative nach Bern geschickt wird. Diese verlangt, dass sich der Bund an den Ertragsausfällen und Mehrkosten der Spitäler und Kliniken mitbeteiligt. Die Gesundheitskommission empfiehlt einstimmig, die Standesinitiative zu überweisen.